



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Donnerstag, 12. Mai 2016

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Keine Kürzungen bei den Grazer Spitälern!

Den Artikel „Spitalsreform, bitte warten“ aus der Kleinen Zeitung vom 8.Mai 2016, nehme ich zum Anlass, mit meiner Bitte an alle Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates zum zukünftigen Geschehen um die öffentlichen Gesundheitseinrichtungen der Stadt Graz heranzutreten.

Mit der geplanten Spitalsreform, die für kommenden Herbst erwartet wird, soll im steirischen Gesundheitswesen kein Stein auf dem anderen bleiben.

So soll die Anzahl der steirischen Spitäler drastisch – von 15 auf sieben – reduziert werden. Nun hat Finanzlandesrat Schickhofer angekündigt, dass der KAGes-Gesellschafterzuschuss des Landes bis 2020 um 117 Mill. Euro gesenkt werden soll. Vor allen Dingen soll an der Universitätsklinik Graz massiv eingespart werden.

Derartige Pläne sind eine ernsthafte Bedrohung für Graz – insbesondere, weil die Stadt ständig und deutlich wächst. Die Ärztinnen und Ärzte sowie das gesamte im medizinischen Bereich arbeitende Personal arbeiten schon jetzt am Limit – und leisten Tag für Tag Großartiges. Kürzungen beim Personal müssen daher grundsätzlich kategorisch abgelehnt werden.

Was dabei insbesondere den Bewohnern und Bewohnerinnen der Stadt Graz bevorsteht, muss als bedrohlich angesehen werden. Man darf sich nicht wundern, wenn die Menschen mit Sorgen ihrer adäquaten Gesundheitsversorgung entgegensehen, und es darf mit Recht ein unschönes Bild gemalt werden: Stadt und Land kürzen und streichen um die Wette.

Angesichts steigender Bevölkerungszahlen und sich verändernder Problemlagen und Altersstrukturen widerspricht es jeder Logik und wäre fatal, das Angebot an Behandlung und Betreuung unseren Kranken gegenüber zu minimieren. Explodierende Folgekosten nach medizinischer Unterversorgung haben mit vernünftigen ökonomischen Überlegungen nichts gemein.

Darüber hinaus ist etwaigen Ideen zur Auslagerung medizinischen Angebots sowie des medizinischen Personals aus dem öffentlichen in den privaten Versorgungsbereich zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung aller Menschen dringend entgegenzuwirken.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gem. § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu, dass das Angebot, das zur adäquaten Gesundheitsversorgung in Graz nützlicher- und notwendigerweise zur Verfügung stehen muss, nicht nur erhalten bleiben muss, sondern allen zeitgemäßen Standards entsprechend auszubauen ist. Er spricht sich ausdrücklich gegen Spitalsschließungen aus.